

Armut und soziale Ausgrenzung in Bremen

Hilft die Berichterstattung bei der Überwindung?

„...Arme habt ihr allezeit!“
Fachtag zum geplanten Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Bremen
9. März 2009



Dr. Volker Busch-Geertsema
Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V., (GISS) Bremen

„...Arme habt Ihr allezeit?“

- ➔ Veranstaltungsmotto könnte leicht als zu resignativ aufgefasst werden.
- ➔ Vielleicht werden wir auch allezeit einige Wohnungslose haben, aber Ziel sollte doch sein, Armut und Wohnungslosigkeit so weit wie möglich zu reduzieren.
- ➔ Ziel in verschiedenen europäischen Mitgliedsstaaten: Wohnungslosigkeit auf NULL bis zu einem bestimmten Zeitpunkt. Warum nicht auch in Bremen?
- ➔ Schönes alternatives Motto, auch weil wir über einen Armuts- und REICHTUMS-Bericht diskutieren:

Es ist genug für alle da !

Wozu Armuts- und Reichtumsberichterstattung? Mögliche Ziele

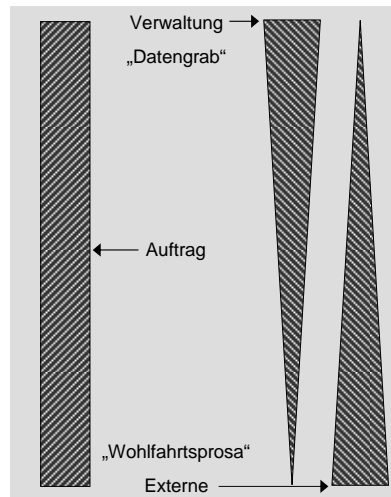
- ➔ Dokumentation von Zahlen und Fakten („Datengrab“)
- ➔ Legitimation für existierende Sozialpolitik
- ➔ Überwindung von Ressortgrenzen zur Nutzung kommunaler Handlungsspielräume
- ➔ Entscheidungsgrundlage für Prioritätensetzungen und planvolles Handeln
- ➔ Grundlagen für Veränderungen in der Sozialpolitik
- ➔ Verständnis wecken für Lebenslagen armer Menschen und Auswirkungen von Armut auf verschiedene Lebensbereiche
- ➔ Skandalisierung sozialer Misstände

Unterschiedliche Vorgehensweisen

- ➔ Verwaltung erstellt Bericht in Eigenregie
- ➔ Verwaltung/Politik geben Bericht in Auftrag
- ➔ Verbände oder andere Externe (Arbeitnehmerkammer) machen den Bericht oder geben ihn in Auftrag
- ➔ Kooperationsmodelle

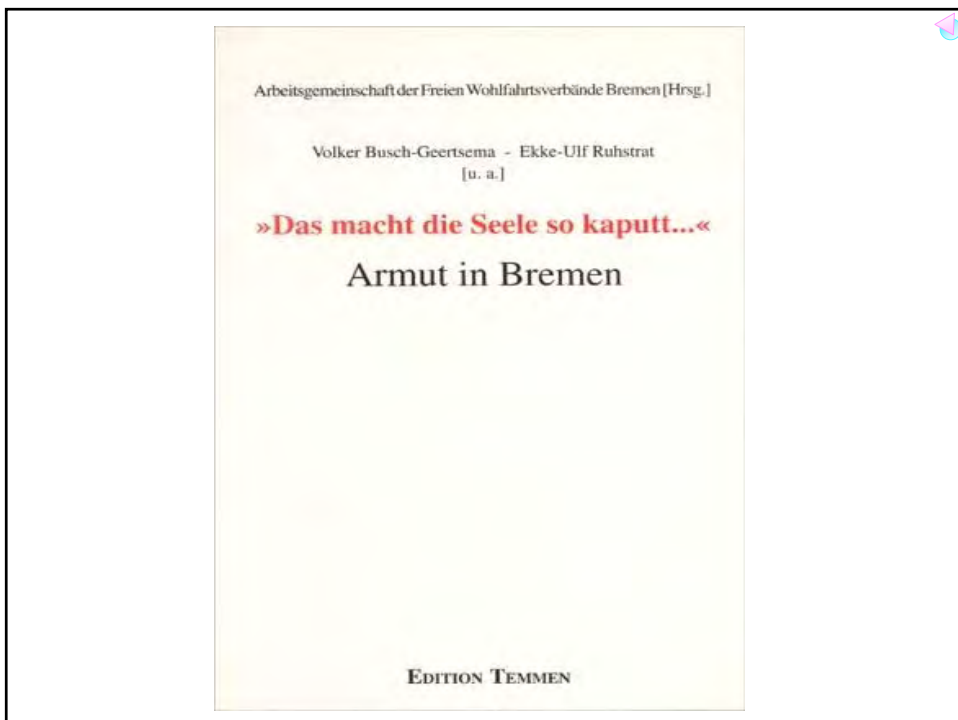
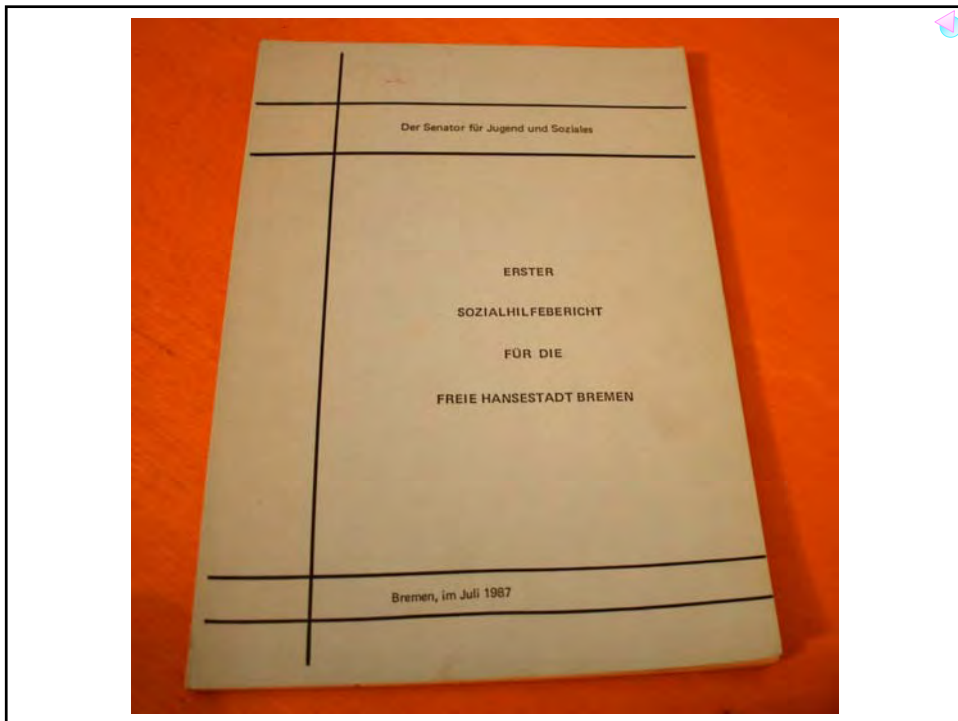
Wozu Armuts- und Reichtumsberichterstattung? Mögliche Ziele

- ➔ Dokumentation von Zahlen und Fakten („Datengrab“)
- ➔ Legitimation für existierende Sozialpolitik
- ➔ Überwindung von Ressortgrenzen zur Nutzung kommunaler Handlungsspielräume
- ➔ Entscheidungsgrundlage für Prioritätensetzungen und planvolles Handeln
- ➔ Grundlagen für Veränderungen in der Sozialpolitik
- ➔ Verständnis wecken für Lebenslagen armer Menschen und Auswirkungen von Armut auf verschiedene Lebensbereiche
- ➔ Skandalisierung sozialer Missstände



Armutsberichte in Bremen Die Vorläufer

- ➔ Der erste Armuts- und Reichtumsbericht für Bremen?
- ➔ Die Vorgänger
 - ◆ 1. Sozialhilfbericht der Stadt Bremen (1987) und 2. Sozialbericht der Stadt Bremen (1991)
 - ◆ AG der Freien Wohlfahrtsverbände (Hg.) „Das macht die Seele so kaputt...“ Armut in Bremen (1993)
 - ◆ Arbeitnehmerkammer mit Schwerpunktberichten seit 2002
 - 2002: „Eine politische Bestandsaufnahme“
 - 2003: „Armut trotz Arbeit“
 - 2004: „Armut und Gesundheit“
 - 2005: „Armut und Bildung“
 - 2006: „Hilfebedürftig trotz Arbeit“
 - 2007: „Die soziale Spaltung der Stadt“
 - 2008: „Jugendliche zwischen Schule und Beruf“





Wozu Armuts- und Reichtumsberichterstattung? Ziel des Bremer Armuts- und Reichtumsberichts

„Der Armuts- und Reichtumsbericht für das Land Bremen verfolgt das Ziel, die Unterschiedlichkeit der Lebenslagen im Land darzustellen, damit eine Grundlage für eine öffentliche Diskussion über das Thema zu schaffen und Vorschläge für Strategien und Maßnahmen gegen eine Vertiefung von sozialer Spaltung und für eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu entwickeln.“

- Unterschiede bei Lebenslagen darstellen
- Diskussionsgrundlage
- Strategie- und Handlungsvorschläge mit eher zurückhaltenden Zielsetzungen

Wesentliche Ergebnisse des Berichts – Bereits von der Presse aufgegriffen

- ➔ Bremen hat eine Spitzenposition in Westdeutschland bei ...
 - ◆ ... der Zahl der Menschen, die verschuldet sind. Betroffen sind etwa 60.000 Personen in 30.000 Haushalten.
 - ◆ ... den „working poor“: fast ein Viertel aller BezieherInnen von ALG II sind erwerbstätig.
 - ◆ ... den Minijobs: ihre Zahl ist im Land Bremen zwischen 2000 und 2007 um 23 % oder 8.000 Personen gestiegen, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 9.700 gesunken.
 - ◆ ... den Kindern, die auf Mindestsicherung angewiesen sind: fast ein Drittel (31,3 %) aller Kinder unter 15 Jahren im Land Bremen bezog Ende 2007 Sozialgeld – in der Stadt Bremen 29,4 %, in Bremerhaven sogar 40,2 % (höchster Wert in ganz Deutschland).
 - ◆ ... dem Bevölkerungsanteil ohne allgemeinen Schulabschluss (5,8 %) und ohne Berufsausbildung (27,3 %). Bei „Pisa“ stärkster Zusammenhang von Kompetenzniveau und sozialer Herkunft.

Wesentliche Ergebnisse des Berichts – Bereits von der Presse aufgegriffen

- ➔ Unter den 18- bis 21-Jährigen liegt die Abiturquote in privilegierten Stadtteilen bei 55 %, in benachteiligten Stadtteilen bei 18 %. Je höher Arbeitslosigkeit und „Hartz IV“-Bezug im Ortsteil, desto geringer die Abiturquote und desto mehr Schulabschlüsse unter Realschulniveau.
- ➔ Die Arbeitslöhne in Bremen sind zwischen 2000 und 2006 real um ein Prozent gesunken, Kapitaleinkünfte um 23 % gestiegen.
- ➔ Männer in Schwachhausen leben acht Jahre länger als Männer in Gröpelingen.
- ➔ In privilegierten Stadtteilen sterben 4,5 von 1.000 Säuglingen nach der Geburt, in benachteiligten Stadtteilen 11 von 1.000.
- ➔ Trotz entspannten Wohnungsmarktes wachsen Versorgungsprobleme für Haushalte mit geringen Einkommen.

Weniger wäre mehr gewesen, aber manches fehlt auch

- ➔ Beeindruckende Fülle von Fakten und kein Datengrab, aber leichter Hang zur Buchstabenwüste
- ➔ 370 Seiten sind zuviel und werden viele eher vom Lesen abhalten
- ➔ Mehr Auswahl, Set von Indikatoren
- ➔ Umgang mit Tabellen und Schaubildern sehr unterschiedlich, mehr (und zuweilen bessere) Schaubilder notwendig, um Zusammenhänge anschaulich zu machen
- ➔ Umfang und Qualität der einzelnen Teile des Berichts sind sehr unterschiedlich. Ausführliche und gut recherchierte Teile zur Benachteiligung von Frauen und zum Zusammenhang von Gesundheit und sozialer Lage

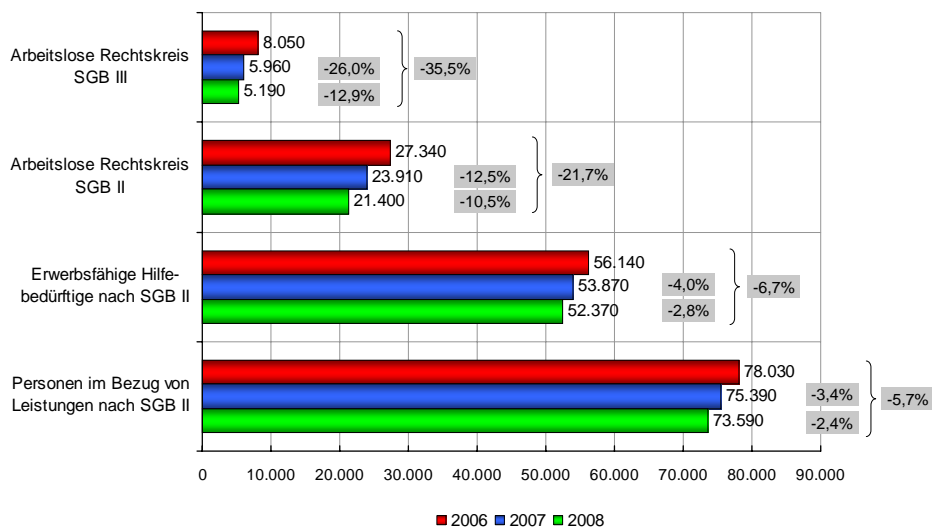
Weniger wäre mehr gewesen, aber manches fehlt auch

- ➔ Gute Hinweise zu Handlungsbedarfen auf Bundesebene
 - ◆ Mindestlohn und auskömmliche Einkommen
 - ◆ Bessere Mindestsicherung (für Kinder)
 - ◆ Zulassung von Einmal- und Sonderleistungen für Mehrbedarfe
 - ◆ Pfändungsfreies Girokonto für alle
- ➔ Ausführungen zu Reichtum in Bremen eher dünn
- ➔ Komplette Fehlanzeige bei den Problemen der Hilfeberechtigten, zu ihrem Recht zu kommen. Insbesondere Vollzugsprobleme bei den ARGEn bundesweit und der Bremer BAGIS im Besonderen bleiben unerwähnt.
 - ◆ Bescheide, die nicht nachvollziehbar sind und die wesentliche Berechnungsdetails nicht enthalten
 - ◆ Das alltägliche Leid mit der SGB-II-Computersoftware

Weniger wäre mehr gewesen, aber manches fehlt auch

- ◆ Persönliche Ansprechpartner/-innen sind nicht erreichbar
- ◆ Ratenweise Einbehaltung von Darlehensrückforderungen beispielsweise für Mietsicherheiten – trotz anders lautender Verwaltungsanweisungen
- ◆ Richtwerte zu „angemessenen“ Kosten der Unterkunft entsprechen nicht der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts
- ◆ Dauerproblem Energiekostennachforderung bei Jahresabrechnung und unzureichende Übernahme nach SGB II / SGB XII (mit der Folge von Verschuldung der Betroffenen bis hin zur Liefersperre)
- ◆ Hohe Zahl der Stromsperrungen in Bremen (dringender Handlungsbedarf)

Entwicklung der registrierten Arbeitslosen in Bremen (Stadt) nach Rechtskreisen sowie der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und Personen insgesamt im Bezug von Leistungen nach SGB II (September 2006, 2007 und 2008)



Quelle: Daten der Bundesagentur für Arbeit, eigenes Schaubild (NICHT im Bremer Armuts- und Reichtumsbericht)

**ZUM SCHWERPUNKTTEIL 3.6
ARMUT UND WOHNUNGSLOSIGKEIT**





Weckt der Bericht Verständnis für die Lebenslage armer und wohnungsloser Menschen?

Status/Effekt	Stationäre Betreuungsmaßnahmen					
	Übergangswohnheim für Frauen II		Übergangswohnheim für Männer		Dauerwohnheim Adelenstift	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Allein stehend = kein soziales Netz vorhanden	11	100	43	100	70	100
Körperliche Beeinträchtigung = Vermittlung in Arbeit und Beschäftigung ist erschwert; u. U. Schwierigkeiten bei der Bewältigung des Alltags	3	27,27	22	51,16	40	57,14
Psychische Erkrankung oder Auffälligkeit = Einschränkung bei der Mitwirkung bei Lernprozessen und/oder „Nachreifung“; eingeschränkte Kontinuität	11	100	19	44,18	37	52,85
Alkohol = Einschränkung (wie oben); Realitätsferne; keine psychische und physische Belastbarkeit	1	9,09	35	81,40	60	85,71
Drogen = Einschränkung (wie oben); Realitätsferne; keine psychische und physische Belastbarkeit; Suchtdominanz	2	18,18	1	2,33	0	0
Essstörung = Wahrnehmungsstörung; Suchtdominanz; körperliche Einschränkungen	2	18,18	0	0	1	1,43
Ohne Berufsausbildung = es fehlt eine pos. Basiserfahrung	7	63,64	16	27,20	27	38,57

Quelle: SAFGJS 2007

Weckt der Bericht Verständnis für die Lebenslage armer Menschen? Kommentar zur Tabelle 3.6.1

- ➔ Keine belastbare Datenbasis über Problemlagen von Wohnungslosen, geschweige denn für Prozentangaben mit zwei Stellen hinter dem Komma (bei 11 erfassten Frauen)
- ➔ Reine Defizitperspektive, die noch dazu notwendige Differenzierungen (beispielsweise zwischen Alkoholkonsum und Alkoholsucht, zwischen psychischer Erkrankung und „Auffälligkeit“) vermissen lässt
- ➔ Bestätigt eher Vorurteile („alle wohnungslosen Frauen sind psychisch krank/auffällig“; „wohnungslose Männer saufen“), als dass Verständnis geweckt wird
- ➔ Auch These, dass negative Folgen der Wohnungslosigkeit erst nach einem Jahr Obdachlosigkeit (für nur 15 % der Wohnungslosen) erfahrbar werden, ist fragwürdig und durch nichts belegt

Weckt der Bericht Verständnis für die Lebenslage armer Menschen?

- ➔ *„Aus der Herkunftsfamilie bereits in die Obdachlosigkeit mitgebrachte soziale Benachteiligungsfaktoren als grundlegende negative Startchancen können in der Kombination mit den genannten sozialen Risiken unter den Bedingungen des Lebens auf der Straße oder in Notunterkünften oft nicht aus eigener Kraft ausgeglichen werden. Dazu zählen insbesondere eine unterdurchschnittliche Bildung und Ausbildung.“*
(Zitat AuR-Bericht, Entwurf, S. 253).

Wohnungslosigkeit als Bildungsdefizit?

Andere Einflussfaktoren (Erwerbslosigkeit, Mietschulden, Gewalterfahrungen, eskalierende Konflikte etc.) werden an anderer Stelle genannt, aber keine Daten für Bremen. Abschnitt zu „Persönlichen Folgen von Obdachlosigkeit“ überarbeitungsbedürftig.

Weckt der Bericht Verständnis für die Lebenslage armer Menschen?

- ➔ *„Ein Teil der Betroffenen lehnt Hilfen ab, z. B., sofern sie mit einem institutionellen Hilfesystem verknüpft sind.“*

Aber warum?

- ➔ *„Inwieweit ein Taschengeld zur persönlichen Verfügung von monatlich 94,77 € [in stationären Einrichtungen] hinreichend ist, um eine wahrnehmbare und wirkungsvolle gesellschaftliche Partizipation zu ermöglichen, ist umstritten.“*
(Zitat AuR-Bericht, Entwurf, S. 263)

Ein dezenter Hinweis, 10 Seiten später

Die Fakten und was fehlt

- ➔ Jährlich ca. 3.000 Wohnungslose in Bremen untergebracht plus Dunkelziffer
- ➔ Vorübergehende Unterbringung in rd. 580 Wohnungen, 108 Plätzen in Notunterkünften und 230 Hotel-/Pensionsbetten
- ➔ 246 Plätze in ambulanter und stationärer Betreuung für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, mehrheitlich immer noch in Einrichtungen und Sonderwohnformen
- ➔ In Notunterkünften der Drogenhilfe verbleiben 40 % der Nutzerinnen und Nutzer mehr als drei Monate
- ➔ Straffälligenhilfe wird im Bericht weitgehend unter Hilfen „für obdachlose und wohnungslose Menschen mit zusätzlichen besonderen sozialen Schwierigkeiten“ subsumiert

Die Fakten und was fehlt

- ➔ Geschätzt sind mehr als 2.000 Haushalte jährlich in Bremen (Stadt) von Wohnungslosigkeit bedroht (in Bremerhaven 570).
- ➔ Für die Stadt Bremen im Bericht keine Daten zur Prävention. Warum kann man in Bremen nicht, was Bremerhaven und Berlin und viele andere Städte können? Hinweis auf „erfolgreiche“ Prävention bleibt so bloße Behauptung ohne Belege.
- ➔ Nichts zu neuen Risiken, beispielsweise durch Sanktionen, die auch die Unterkunftskosten betreffen können.
- ➔ Altersgruppe der unter 25-Jährigen bundesweit als besondere Risikogruppe erkannt (Sanktionen, Kosten der Unterkunft nur im Ausnahmefall, Bermudadreieck zwischen Jugendhilfe, Wohnungslosenhilfe und SGB-II-Leistungen). In Bremerhaven steigender Anteil (von 7 % im Jahr 1993 auf 31 % in 2007), für Stadt Bremen keine Daten, warum nicht?

Wohnungslosigkeit und fehlender Zugang zu Wohnungen

- ➔ *„Da in Bremen nur noch wenige Sozialwohnungen und keine öffentlichen Belegungs- oder Vermittlungsrechte an Wohnungen bestehen, fehlen seit Jahren preisgünstige und für von Obdachlosigkeit bedrohte und betroffene Menschen zugängliche Wohnungen. Ca. 70 % der Obdachlosen sind nach Erfahrungen des Amtes für Soziale Dienste überschuldet und haben einen entsprechenden Schufa-Eintrag, und auch daher sind ihre Chancen bei der Anmietung von Wohnraum begrenzt. Dies gilt insbesondere dann, wenn es sich bei den Vermietern um Wohnungsgesellschaften handelt. Ein Schufa-Eintrag stellt hier praktisch einen Ausschlussmechanismus dar.“*
- ➔ Erfreulich, dass dies so offen und klar angesprochen wird!

Wohnungslosigkeit und fehlender Zugang zu Wohnungen

- ➔ An anderer Stelle im Armutsbericht:
 - ◆ *Weitere Zunahme kleiner Haushalte*
 - ◆ *Verstärkte Nachfrage nach Wohnformen für ältere Menschen*
 - ◆ *Aufgrund geringer Neubautätigkeit und durchschnittlicher Abgänge (z. B. durch Abriss, Umwandlung) „mittel- bis langfristig“ Wohnungsengpässe zu befürchten*
 - ◆ *„Dabei ist trotz des z. Zt. relativ entspannten Wohnungsmarkts zu erwarten, dass Haushalte mit geringen Einkommen Schwierigkeiten haben werden, sich am Wohnungsmarkt zu versorgen.“*
- ➔ Zahl der von der Kommune untergebrachten „Obdachlosen“ ist gesunken, aber jährlich 3.000 Wohnungslose sind nicht wenig!

Normal Wohnen ist möglich!

- ➔ Etwa 10 % der rd. 4.000 Bremer DrogenkonsumentInnen sind wohnungslos.
- ➔ *„Die im Vergleich zur Bremer Gesamtpopulation der Drogenabhängigen geringe Platz- und Nutzerzahl der Drogennotunterkünfte macht deutlich, dass der größere Teil der Drogenabhängigen 'normal' wohnt.“* Wichtiger Hinweis! Bei psychisch Kranken und Alkoholabhängigen ist der Anteil wahrscheinlich noch höher.
- ➔ Forschung zu „Housing First“-Ansätzen zeigt, dass auch Menschen mit „Doppeldiagnosen“ und erheblichen Beeinträchtigungen in der Lage sind, „normal“ zu wohnen, wenn sie entsprechende Hilfen (und Zugang zu normalem Wohnraum) erhalten.
- ➔ Auch in Bremen besteht hier noch weiterer Handlungsbedarf!

Empfehlungen des Berichts zum Themenfeld „Lebenssituation Armut und Wohnungslosigkeit“

- ➔ Diversifizierung der niedrigschwelligen kommunalen Unterbringung Obdachloser
 - ◆ Notunterkunft für drogenabhängige Frauen
 - ◆ Notunterkunft für psychisch Kranke/Beeinträchtigte ohne Krankheitseinsicht (Umwidmung von Notunterbringungsplätzen für Männer)
 - ◆ Einrichtung für ältere chronisch mehrfachabhängige Obdachlose
- ➔ Verbesserung der Wiedereingliederung Obdachloser
 - ◆ Ausweitung der Eingliederungshilfen für psychisch Kranke
 - ◆ Verbesserung der Zugänglichkeit des Gesundheitssystems
 - ◆ Abbau von bürokratischen Hemmnissen bei der Zusammenarbeit der Ämter zur Wohnungssicherung bei Untersuchungshaft

Empfehlungen des Berichts zum Themenfeld „Lebenssituation Armut und Wohnungslosigkeit“

- ◆ Prüfung der finanziellen Absicherung von Beratungstätigkeit: Umgang mit Geld einüben
 - ◆ Ausbau der Teilhabe durch Tätigkeit
 - ◆ Projekt der Hoppenbank für ehrenamtliche Bewährungshilfe
 - ◆ Gruppenarbeit der Hoppenbank für Straffällige und Nicht-Straffällige „Hier geht's los“ (HIGELO)
 - ◆ Projekt der Bremischen Straffälligenbetreuung für Angehörige von Straffälligen
- ➔ Wohnungsversorgung
- ◆ Quantitative Verbesserung der Wohnungsversorgung insbesondere für Obdachlose mit Schufa-Eintrag (ohne weitere Angaben)
 - ◆ Umbau eines Hauses für behinderte Obdachlose (Rollstuhlfahrer) mit Schufa-Eintrag

Empfehlungen des Berichts zum Themenfeld „Lebenssituation Armut und Wohnungslosigkeit“

- ➔ Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung auf Stadtteilebene unter Einbeziehung und mit direktem Kontakt von Bürgern
- ◆ Kulturelle Projekte mit Obdachlosen
 - ◆ Sportprojekte mit Obdachlosen
 - ◆ Einladungen an die Bewohner von Notunterkünften durch Beiräte/ Vereine, z. B. zum Spargeessen oder zu jahreszeitlichen Festen
 - ◆ Besuchsdienste
 - ◆ Individuelle Wahrnehmung von Bettlern (grüßen, für Musikangebot oder Zeitung o. ä. danken, ansprechen)
 - ◆ Gestalten öffentlicher Orte für obdachlose Drogenabhängige unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Nachbarschaft (Beispiel: Basel)

Kommentar zu den Empfehlungen im Themenfeld

- ➔ Bremen hat immer noch eher zu viele als zu wenig Einrichtungsplätze. Bauliche Erbsünden – wie das Jakobushaus – werden nicht dadurch verbessert, dass sie immer weiter „diversifiziert“ werden, sondern dass zumindest mittelfristig ihre komplette Umnutzung für andere Zwecke angestrebt wird.
- ➔ Längerfristige Unterbringung in „Notunterkünften“ ist inakzeptabel und es müssen gezielt für Langzeitnutzer (und für behinderte Obdachlose und für Menschen mit psychischen Erkrankungen und für Frauen mit Drogenkonsum etc. etc.) Lösungen in normalem Wohnraum (mit begleitenden Hilfen) gefunden werden.
- ➔ Auch unkonventionelle Wohnformen haben einen Stellenwert gerade für sonst nur schwer integrierbare Personen und verdienen größere Toleranz. Bei „Schlichtwohnungen“ wird das in Bremen akzeptiert, Schrebergärten werden dagegen immer wieder von DauerbewohnerInnen „gesäubert“, auch zurzeit wieder.

Kommentar zu den Empfehlungen im Themenfeld

- ➔ Gut, dass der Bericht auf die Ablehnung von Wohnungssuchenden mit Schufa-Eintrag (von denen keineswegs alle überschuldet sind) durch die meisten Wohnungsgesellschaften eingeht und eine Verbesserung der „quantitativen Wohnungsversorgung“ empfiehlt.
- ➔ Fatal, dass daraus keine konkreteren Handlungsschritte abgeleitet werden (erweiterte Garantien, Erwerb von Belegungsrechten speziell für diesen Personenkreis, Konkrete Schritte zur Einhaltung des Bremer Wohnungsnotstandsvertrags).
- ➔ Fatal vor diesem Hintergrund auch, dass Verträge über Besetzungsrechte der Stadt in Beständen der Bremischen Gesellschaft zugunsten von Wohnungsnotfällen ohne Not gekündigt wurden (sog. 1.000er Vertrag: Ziel hätte die Umstellung von ordnungsrechtlicher Unterbringung auf normale Mietverträge sein müssen – bei Beibehaltung der Besetzungsrechte).

Kommentar zu den Empfehlungen im Themenfeld

- ➔ Hinweis auf Verbesserungsbedarf bei Zusammenarbeit der Ämter zur Wohnungssicherung bei vorübergehendem Haftaufenthalt berechtigt. Aber warum auch zweieinhalb Jahre nach der Gesetzesänderung immer noch erforderlich?
- ➔ Angebote für sinnvolle Tätigkeiten sind richtig und notwendig. Sie müssen sich aber für die Betroffenen lohnen und eine Perspektive eröffnen, sonst sind sie abzulehnen!
- ➔ Die Bedeutung von hauswirtschaftlicher Unterstützung (bis hin zur Geldverwaltung) auch für die Aufrechterhaltung von Mietverhältnissen für ehemals Wohnungslose wird häufig unterschätzt. Prüfung sehr empfehlenswert!
- ➔ Daten zur Prävention von Wohnungslosigkeit und zu jungen Wohnungslosen verbesserungsbedürftig.

Kommentar zu den Empfehlungen im Themenfeld

- ➔ Sanktionen als Wohnungsnotfallrisiko: Ein neues Aufgabenfeld für präventive Hilfen
- ➔ „Wohnungslose habt ihr allezeit“? Mutigere Perspektive zum Abbau von Wohnungslosigkeit sehr empfehlenswert!
- ➔ Ist ein kommunaler Armutsbericht der richtige Ort für die Aufforderung an Bürgerinnen und Bürger, Wohnungslose zum Spargelesen einzuladen oder Bettler zu grüßen?

Empfehlungen des Gesamtberichts

- ➔ Zu umfangreich, um sie hier wiederzugeben
- ➔ Viele sinnvolle und unterstützenswerte Einzelvorschläge
- ➔ Konkretionsgrad nach Themengebieten sehr unterschiedlich
- ➔ Bündelung in „Programm für sozialen Zusammenhalt“ angestrebt
- ➔ Verstärkte und ressortübergreifende Sozialraumorientierung ist positiv, darf aber nicht zur Vernachlässigung von denjenigen Armen und Benachteiligten führen, die in ihren Quartieren in der Minderheit sind

Hilft die Berichterstattung bei der Überwindung von Armut und Ausgrenzung?

- ➔ Berichte alleine helfen nie, können aber die Basis für politische Entscheidungen, Maßnahmen der Verwaltung, die Wahrnehmung sozialer Probleme in der Bevölkerung und vielleicht auch für den alltäglichen Umgang mit Armut und Ausgrenzung beeinflussen.
- ➔ Grundlagen sind durchaus gelegt, es kommt darauf an, wie sie genutzt werden.
- ➔ Guter Wille und Verständnis reichen nicht aus, Sozialressort alleine ist in vielen Bereichen überfordert. Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung muss übergreifende Priorität auch für andere Ressorts werden, Kooperation muss über Erstellung des Berichtes hinausgehen.

Überwindung von Armut und Ausgrenzung als Ziel?

- ➔ Geld alleine ist nicht alles, aber finanzielle Anstrengungen sind erforderlich im Haushaltsnotlagenland, und die Abwehr weiterer Kürzungen, die Armut und Ausgrenzung verstärken!
- ➔ Keine finanziellen Mittel verfügbar? Die wegen der Finanzkrise bereitgestellten Mittel zeigen einmal mehr, dass Geld (und zwar unglaublich viel Geld) verfügbar ist, wenn es für notwendig erachtet wird.
- ➔ Arme und Geringverdienende sind bedeutsame Faktoren für die „Inlandsnachfrage“.
- ➔ Migrantinnen und Migranten sind wesentliche Stabilisatoren der Bevölkerungsentwicklung, schon heute stellen sie die Mehrheit aller Kinder unter 6 Jahren in Bremen, gehören aber nach wie vor zu den besonders ausgegrenzten Gruppen.
- ➔ Und überhaupt ...

Es ist genug für alle da!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Fragen?
Kommentare?
Kritik?
Anregungen?



Kontakt

Dr. Volker Busch-Geertsema
Gesellschaft für innovative Sozialforschung
und Sozialplanung e.V. (GISS)

Kohlhökerstraße 22
D-28203 Bremen

Fon: +49-(0)421 – 334708-2

Fax: +49-(0)421 – 3398835

Mail: vbg@giss-ev.de

Internet: www.giss-ev.de